



## Kurzinformation aktuell

# Zusammenleben und Integration

*Informationen für Politik und Verwaltung*

## Inhalt

Praxisnahe Einblicke durch Praktikum .....	3
Diversity to go Workshops: Vielfaltssensible Veranstaltungsplanung und Vielfalt in Kinderbüchern .....	3
Iftar-Empfang der Stadt Offenbach .....	4
Veranstaltung „Wie geht Politik in Offenbach? – Wir erklären Politik leicht verständlich“ .....	5
Verleihung des Integrationspreises .....	6
Markt der Perspektiven zur Jubiläumsfeier des House of Resources.....	8
Hessisches Integrations- und Teilhabegesetz.....	8
„Perspektive neuStart“ für mehr inclusive entrepreneurship.....	9
Neue Webvideo-Reihe: #wirstattDesinformation .....	10
Stadt hilft kulturellen Vereinen von Migranten.....	10
Projektförderung über WIR .....	11
Anträge beim Förderprogramm für Integrationsprojekte noch möglich .....	11
18. Integrationsminister*innenkonferenz (IntMK) „Menschen.Leben.Vielfalt.“ unter hessischem Vorsitz.....	12
Hessen erhöht erneut Landesmittel für Deutsch4U.....	12
Statistik aktuell: Ausländische Bevölkerung in Hessen 2022.....	12
Expertise: Antisemitismus unter Muslimen & Menschen mit Migrationshintergrund	13
Studie: Ein Leben ohne Pass. Die Situation staatenloser Menschen in Dtl. ....	13
„Café International“ (früher Café Hallo) heißt neu zugewanderte Familien willkommen.....	14
Impressum.....	14

## Praxisnahe Einblicke durch Praktikum

Über drei Monate unterstützte Siboney Iliana Lang den Bereich Integration und Soziale Stadtentwicklung. Die 24-Jährige studiert an der Goethe Universität Frankfurt Humangeographie mit dem Nebenfach Physische Geographie.

Während ihres Praktikums konnte sich Lang einen praxisnahen Eindruck darüber verschaffen, welche Aspekte bei der Gestaltung städtischer Räume eine Rolle spielen und auch wie Prozesse der Migration und Integration die Entwicklung und Planungen einer Stadt beeinflussen. Daneben besuchte Lang auch die Bereiche Inklusion und Altenplanung und lernte mehr über die Arbeit des Sozialamts im Gesamten.



Abbildung: Praktikantin Siboney Iliana Lang (Foto: Stadt Offenbach)

## Diversity to go Workshops: Vielfaltssensible Veranstaltungsplanung und Vielfalt in Kinderbüchern

Eine weitere Veranstaltung im Rahmen der „diversity to go“-Reihe fand im April zu dem Thema Vielfaltssensible Veranstaltungsplanung statt. Städtische Mitarbeitende konnten mehr darüber erfahren, wie sie ihre Veranstaltungsplanung von der Themensetzung bis zur Umsetzung inklusiver organisieren können.

Wer Veranstaltungen organisiert, stellt nicht selten fest, dass sich das Publikum oft aus bereits bekannten Gesichtern zusammensetzt. Ein Grund hierfür ist, dass Veranstaltungen oft aus der Perspektive der Vielen geplant werden und somit diverse Gruppen der Gesellschaft ausschließen. Der Workshop drehte sich daher um die

Frage, wie eine vielfaltssensible Veranstaltungsplanung gelingen kann, um eine größtmögliche Öffnung für alle möglichen Teilnehmer\*innen zu erzielen.

Der aktuellste Teil der Reihe des WIR-Vielfaltszentrums richtete sich im Juni an Mitarbeitende von Kindertagesstätten und fand in der Kinderbibliothek der Stadt Offenbach statt. Christine Kranz, Referentin der Stiftung Lesen, stellte Medien vor, die die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegeln und vermittelte praktische Tipps, um Themen wie Meinungsvielfalt, Toleranz und Miteinander spielerisch innerhalb der Krippen und Kindergärten aufzugreifen.

Die Reihe „diversity to go“ des Offenbacher WIR-Vielfaltszentrums präsentiert regelmäßig praktische Tipps, mit denen sich die Gestaltung von Vielfalt mitdenken und umsetzen lässt.

### Iftar-Empfang der Stadt Offenbach

Integrationsdezernent Martin Wilhelm und der Vorsitzende des Ausländerbeirats Offenbach, Abdelkader Rafoud, luden nach langer Corona Pause zum Iftar-Empfang der Stadt Offenbach ein. Der Empfang fand statt am Freitag, 14. April 2023 in den Räumen der Produktionsschule des Start Projekts der Volkshochschule.



Abbildung: Die Teilnehmenden des Empfangs (Foto: Stadt Offenbach)

Die Gastvorträge zu den Themen „Bekenntnisorientierter islamischer Religionsunterricht an staatlichen Schulen mit Fokus Offenbach“ und „Islamische Gräberfelder in Offenbach“ hielten Nurgül Altuntas, Ministerialrätin des hessischen Kultusministeriums und Christian Loose, stellvertretender Leiter des Eigenbetriebs Stadt Offenbach.

Martin Wilhelm begrüßte die anwesenden Gäste und betonte dabei die Bedeutung des Gesprächs mit den Religionen, weshalb der Teilnehmerkreis neben den islamischen Gemeinden um Vertreter anderer Religionen, wie beispielsweise des katholischen Dekanats und des evangelischen Stadtdekanats Frankfurt und Offenbach erweitert wurde. Er bedankte sich bei den Religionsgemeinschaften für die Unterstützung von Geflüchteten damals aus Syrien und heute aus der Ukraine und hob deren

Unterstützung bei der Bewältigung der Pandemie hervor. „Als Teil der Gemeinschaft Offenbachs, zeigen Sie Zuwandernden und Geflüchteten, was sozialer Zusammenhalt in dieser Stadt bedeutet indem Sie helfen und sie unterstützen.“ Wilhelm bedankte sich dafür im Namen der Stadt. „Offenbach ist eine Stadt, welche schon immer Zugewanderten, ob sie aus religiösen oder ökonomischen Gründen nach Offenbach kamen, einen Platz zum Leben anbot und die von deren Zuwanderung profitiert hat,“ resümiert Wilhelm.

Das Fastenbrechen wurde im Anschluss an die Gastvorträge mit anschließendem Austausch nach Sonnenuntergang veranstaltet.

## **Veranstaltung „Wie geht Politik in Offenbach? – Wir erklären Politik leicht verständlich“**

Am 21. und 22. Juni 2023 fand erstmals die Gesprächsreihe „Wie geht Politik?“ statt. Die Veranstaltungen wurden gemeinsam von der Volkshochschule Offenbach mit dem Offenbacher Grundbildungszentrum, dem WIR-Vielfaltszentrum und dem Kommunalen Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen der Stadt Offenbach initiiert. Stadtverordnetenvorsteher Stephan Färber, der sich für die Veranstaltungsreihe selbst einbrachte, sagte zum Konzept: „Die zweiteilige Veranstaltung war aus meiner Sicht exemplarisch gut. Das Bewusstsein für die kommunale parlamentarische Demokratie wurde bei allen Anwesenden geweckt. Das gibt Diskussionen in den Familien - und das, über ein Thema, das zuvor eher unbekannt war. Das ist demokratische „Graswurzelarbeit.“

Im ersten Teil der Veranstaltung gab Stephan Färber im Gespräch mit vhs-Dozentin und Moderatorin Yasemin Özer Einblicke in die Offenbacher Stadtpolitik. Er erläuterte Aufgaben der Stadtverordneten und des Magistrats und erklärte die Zusammensetzung des Stadtparlaments und den Ablauf einer Sitzung. Mit einfachen Erklärungen ohne Verwendung von Fremdwörtern und Fachbegriffen lernten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wie Parteien und Organisationen sich in Abläufe und Entscheidungen einbringen und Veränderungen bewirken können. Zudem erfuhren sie wie die Oberbürgermeisterwahlen im Herbst ablaufen werden. Und es gab eine Vielzahl von Fragen aus dem Publikum, etwa „Warum sind die S-Bahnhöfe so dreckig?“, „Wie kann ich Kultur und Museen besser kennenlernen?“ oder „Wie geht die Stadt mit fehlenden Kitaplätzen um?“. Außerdem wurden Themen wie fehlende Deutsch-Kurse, Spielplätze, Schwimmangebote für Frauen und vieles mehr thematisiert.

Am zweiten Tag stand der Besuch der Stadtverordnetenversammlung auf dem Programm. Die Teilnehmenden schauten sich in der Stadthalle die Sitzordnung im Plenum sowie die Tagesordnung an und verfolgten auf der Besuchertribüne den Auftakt der Sitzung. Noch vor Beginn der Versammlung nahmen sich Stadtverordnete mehrerer Fraktionen Zeit für die Fragen ihrer Gäste. „Solche Formate geben uns als Stadtverordnete nicht nur die Möglichkeit Dinge zu erklären, sondern sie bringen die ehrenamtliche Kommunalpolitik und die Menschen unserer Stadt, die mit den von uns getroffenen Entscheidungen in ihrem Alltag leben dürfen und müssen, auch näher zusammen“, sagten die Stadtverordneten Zacharoula Bellou, und Dominic Leiendecker.



Abbildung: Podiumsdiskussion mit Stadtverordnetenvorsteher Stephan Färber und Moderatorin Yasemin Özer (Foto: Stadt Offenbach)

Das erfolgreiche Format möchten die vhs und ihre Kooperationspartner wiederholen. Zahlreiche Stadtverordneten sagten bereits heute schon ihre Teilnahme für Veranstaltungen im nächsten Jahr zu.

### Verleihung des Integrationspreises

Wie viele andere hatten sich die 1952 im Iran geborene Mahshid Najafi und ihr Mann Ende der 70er Jahre eine Liberalisierung der Gesellschaft erhofft. Jedoch wurde die Bedrohung nach der Revolution unter der Herrschaft Chomeinis immer größer, so dass sie 1985 ihr Land verließen. Über Istanbul ging Najafi zunächst allein in die USA, wo sie ihren Sohn zur Welt brachte. Weil es in Deutschland bessere Perspektiven für sie gab, folgte sie ihrem Mann über Frankreich nach Deutschland. Sie lebt seit 1985 in Offenbach und engagiert sich seitdem für die Förderung der Integration und den Abbau von Fremdenfeindlichkeit.

Dafür wurde sie am Donnerstag, 6. Juli, in einem Festakt in der frei-religiösen Gemeinde mit dem Integrationspreis des Jahres 2023 ausgezeichnet. Integrationsdezernent Wilhelm überreichte die Urkunde und das Preisgeld in Höhe von 1.000 Euro. „Mahshid Najafi versteht es, die Perspektive von Zugewanderten in den Diskurs einzubringen. Ohne andere zu verletzen, gelingt es ihr den Finger in die Wunde zu legen, die Populismus, Fremdenfeindlichkeit und Demokratiefeindlichkeit schlagen“, so der Sozial- und Integrationsdezernent Martin Wilhelm als Vorsitzender der Jury in seiner Begründung.

Die Offenbacher Autorin Ingrid Walter zeichnete anschließend ein lebendiges Bild der Geehrten, sie berichtete von den Stationen der Flucht von Mahshid Najafi aus dem Iran, die Stationen ihrer Flucht und ihr Ankommen in Offenbach. Davon zeugen auch die zahlreichen beruflichen, politischen und ehrenamtlichen Engagements der

Preisträgerin, die sich bis heute für die Bekämpfung von Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und für die Rechte von Frauen hier und im Iran einsetzt. In ihrem Vortrag verwies Walter auch auf die Autobiografie, die Mahshid Najafi im vergangenen Jahr veröffentlicht hat. „Wie Mond und Sonne“ beschreibt ihren spannenden Lebensweg und die Integration in Deutschland. Aktuell beschäftigt sich Najafi mit den aktuellen Protesten in ihrem Heimatland, in ihrer Danksagung wies sie auch auf die paradoxe Haltung Deutschlands zum gewaltsamen Tode von Jina Mahsa Amini hin: „Einerseits wird die Verfolgung der Frauen und Unterstützer, also derer, die sich für die Rechte der Frauen im Iran einsetzen, verurteilt, andererseits werden die Verhandlungen über den Atomdeal mit dem Regime im Iran wieder aufgenommen.“ Deshalb spendet sie das Preisgeld je zur Hälfte an die Iranische Initiative, bei der sie mitwirkt und an die Initiative „Bunt statt Braun“, bei der sie von Anfang an dabei ist.

Für den musikalischen Rahmen sorgte die Gruppe Artemis & Band. Deren Sängerin Artemis Bahrami erinnerte nochmals daran, dass das Singen den Frauen im Iran, neben vielen anderen Dingen, verboten ist.



Abbildung: Integrationspreisträgerin Mahshid Najafi und Sozial- und Integrationsdezernent Martin Wilhelm (Foto: Stadt Offenbach)

Die Veranstaltung wurde als Livestream übertragen und kann noch einen Monat unter dem folgenden Link angesehen werden: <https://ogy.de/pfi2023>

## Markt der Perspektiven zur Jubiläumsfeier des House of Resources

In diesem Jahr feiert das House of Resources Rhein-Main sein sechsjähriges Bestehen. Besucherinnen und Besucher konnten sich auf der Jubiläumsfeier im Stadt-Raum Frankfurt über die Arbeit des House of Resources informieren sowie Vereine und Partner\*innen aus der Region, Bonn und München kennenlernen. Auch das WIR-Vielfaltszentrum Offenbach, welches schon seit einigen Jahren Kooperationspartner ist, war mit einem Infostand auf dem sogenannten „Markt der Perspektiven“ vertreten.



Abbildung: Die WIR-Programmkoordinatorinnen Simone Lechner und Pia Kraft (von links nach rechts) auf dem „Markt der Perspektiven“ (Foto: Stadt Offenbach)

Die Ressourcen-Häuser unterstützen Migrantenorganisationen, andere integrativ wirkende Organisationen und Ehrenamtliche in ihrer Arbeit auf lokaler Ebene. Sie stellen bedarfsorientiert und flexibel Ressourcen und Leistungen zur Verfügung – sei es in Form von Beratung, Räumen oder finanziellen Mitteln. Außerdem bahnen sie Kooperationen und Netzwerke mit relevanten Institutionen und Organisationen an, um lokal nachhaltige Strukturen für bürgerschaftliches und zivilgesellschaftliches Engagement im Integrationsbereich zu schaffen. Sie werden vom BAMF gefördert. Mittlerweile gibt es bundesweit 20 Häuser. In Offenbach bietet das WIR-Vielfaltszentrum gemeinsam mit dem House of Resources Rhein-Main regelmäßig Fortbildungen für Vereine und Initiativen an.

## Hessisches Integrations- und Teilhabegesetz

Der Hessische Landtag hat im März 2023 das Gesetz zur Verbesserung der Integration und Teilhabe und zur Gestaltung des Zusammenlebens in Vielfalt und damit Hessens erstes Integrations- und Teilhabegesetz beschlossen. Integrationsminister

Kai Klose bezeichnet das Gesetz als Schlüssel zur Integration und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt: „Mit dem Gesetz verbessern wir die Chancengerechtigkeit, sorgen für mehr Teilhabe aller Menschen in Hessen und gestalten das respektvolle Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft mit ihren unterschiedlichen Bedarfen. Das ist ein wichtiger Schritt, dem weitere folgen müssen. Wirkliche Chancengerechtigkeit und Teilhabe ist für Menschen mit Migrationsgeschichte leider noch immer nicht gegeben, genau das muss aber unser Ziel sein“. (siehe: <https://integrationskompass.hessen.de/integration/integrations-und-teilhabegesetz>)

Das Gesetz verankert ein gemeinsames Verständnis, gemeinsame Grundsätze und Ziele von Integration und stellt klar, dass Integration nicht nur Menschen mit Migrationsgeschichte adressiert, sondern uns alle.

Unter anderem wird in dem Gesetz auch der neue Begriff „Menschen mit Migrationsgeschichte“ eingeführt. Darunter fallen Menschen mit Migrationshintergrund, aber auch Personen, die beispielweise aufgrund ihres Aussehens rassistisch diskriminiert werden. Und zwar unabhängig davon, ob sie einen Migrationshintergrund im statistischen Sinne (Definition nach dem Statistischen Bundesamt: Personen, die nicht durch Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen oder mindestens einen Elternteil haben, auf den das zutrifft) besitzen.

Das Gesetz finden Sie unter dem folgenden Link:  
<https://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe/document/jlr-IntGHErahmen>

### **„Perspektive neuStart“ für mehr inclusive entrepreneurship**

Mit dem Ziel, ein bunteres und vielfältigeres Gründungsgeschehen in Deutschland zu ermöglichen, hat sich der Verein Perspektive neuStart e.V. im November 2022 gegründet.



Abbildung: Prof. Dr. Simone Chlosta, Projektleitung von Perspektive neuStart (Foto: Prof. Dr. Chlosta)

Der Verein unterstützt Menschen aus aller Welt dabei, ihr eigenes Unternehmen zu gründen, unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen spezifischen und individuellen Bedarfe. Dabei greift Perspektive neuStart e. V. auf ein starkes Netzwerk an Partnerorganisationen und Kooperationspartner\*innen zurück.

Hintergrund ist, dass es allen Menschen möglich sein sollte, ihr unternehmerisches Potenzial zu leben und auszuschöpfen - unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht, Religion, Bildung, sozialer Zugehörigkeit oder einer körperlichen oder geistigen Einschränkung. Dabei gilt für die deutsche Unternehmenslandschaft dasselbe wie in anderen Lebensbereichen auch: Diversität bedeutet ein breiteres Spektrum an Ideen, Lösungsfindungen und innovativen Entwicklungen.

Mehr Informationen zum Verein sowie seinen Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie unter [www.perspektive-neustart.de](http://www.perspektive-neustart.de)

### **Neue Webvideo-Reihe: #wirstattDesinformation**

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) hat die neue Webvideo-Reihe „#wirstattDesinformation“ veröffentlicht. Diese soll falschen und manipulierten Inhalten entgegenwirken, die sich gegen in Deutschland lebende ukrainische Geflüchtete richten. Die vierteilige Videoreihe ist Teil des Projektes „Narrative über den Krieg Russlands gegen die Ukraine“ (NUK) und wird im Auftrag der bpb vom Institute for Strategic Dialogue gGmbH produziert.

Ziel des Projekts ist es, mit Erklärvideos vor allem innerhalb russisch- und arabischsprachiger Communities in Deutschland Desinformationen zu bekämpfen und über Techniken und Taktiken zu informieren, mit denen Falschinformationen verbreitet werden. Dafür werden fortlaufend Narrative auf Deutsch, Russisch und Arabisch analysiert, die in den Sozialen Medien geteilt werden. Die Ergebnisse werden für die Videos zielgruppengerecht aufbereitet. Das erste Video „Krieg, Flucht und Falschmeldungen: #wirstattDesinformation 1“ dient als Einführung in das Thema sowie die Webvideo-Reihe und soll darüber aufklären, wie im Kontext des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine Desinformationen genutzt werden und sich vor allem auch gegen Geflüchtete aus der Ukraine richten.

Die Aufklärungsvideos werden im Laufe des Jahres 2023 fortlaufend auf [www.bpb.de](http://www.bpb.de) sowie in den Sozialen Medien veröffentlicht und in deutscher, russischer sowie arabischer Sprache mit jeweils entsprechender Untertitelung abrufbar sein. Mehr Informationen zum Projekt gibt es unter: [www.bpb.de/nuk](http://www.bpb.de/nuk)

### **Stadt hilft kulturellen Vereinen von Migranten**

Mit 40.000 Euro hilft die Stadt Offenbach am Main kulturellen Vereinen von Migranten als Unterstützung in der Energiekrise. „Unsere Kulturvereine übernehmen eine wichtige Funktion bei der Integration in unser Stadtleben. Sie helfen bei Behördengängen, unterstützen Arbeitssuchende oder orientieren Betroffene in die existierenden Hilfsangebote. In der akuten Krise lassen wir sie nicht allein“, erklärt Stadtkämmerer und Integrationsdezernent Martin Wilhelm.

Die notwendigen laufenden Kosten sind auch für die Kulturvereine gestiegen. Sie müssen gestemmt werden, damit der Vereinsbetrieb aufrechterhalten werden kann. „Durch zielgerichtete Hilfen wollen wir sie nun entlasten.“

Die Stadt Offenbach am Main hat beschlossen, für diesen Bereich den Preisanstieg der Energiekosten im Rahmen der Möglichkeiten etwas abzufedern, damit dort die notwendige Zeit für Anpassungen gewonnen werden kann.

Sozialdezernent Martin Wilhelm kennt die wichtige Arbeit der migrantischen Vereine. "Die Auswirkungen der Inflation stellen viele Menschen und Institutionen vor besondere Herausforderungen. Mit dem Konjunkturpaket werden sie zielgenau dabei unterstützt ihre wertvollen Aufgaben weiterhin erfüllen zu können."

Falls finanzielle Ausfälle wegen gestiegener Energiepreise oder sonstigen nachgewiesenen Mehrausgaben oder Mindereinnahmen entstanden sind, können Vereine auf Antrag und unter Vorlage von Nachweisen unterstützt werden. Vereine können ihren Antrag an die Stadt senden.

Rückfragen beantwortet der Integrationsbeauftragte Luigi Masala gerne.

Kontakt:  
Luigi Masala  
069 8065 3587  
[luigi.masala@offenbach.de](mailto:luigi.masala@offenbach.de)

### **Projektförderung über WIR**

Damit möglichst viele gute Konzepte vor Ort wirksam werden, können sich öffentliche, kirchliche und gemeinnützige Träger um eine Projektförderung durch das Landesprogramm WIR bewerben. Die Frist zur Einreichung von Anträgen geht bis zum 31.12.2023.

Darüber hinaus können gemeinnützige Vereine für ihr lokales Projekt Gelder beantragen. Hier stehen noch einmal 5.000 € Projektmittel bereit, die unterjährig vergeben werden können.

Über die verschiedenen Unterstützungsmöglichkeiten berät Sie das WIR-Vielfaltszentrum gerne.

Kontakt:  
Simone Lechner  
069 8065 3628  
[simone.lechner@offenbach.de](mailto:simone.lechner@offenbach.de)

### **Anträge beim Förderprogramm für Integrationsprojekte noch möglich**

Seit 2008 fördert die Stadt Offenbach niedrigschwellige Integrationsprojekte mit einem eigens dafür eingerichteten Förderprogramm. Im Jahr 2018 wurde dieses überarbeitet und aktualisiert. Mit dem Förderprogramm wurden zahlreiche Projekte unterstützt, um die Integration in Offenbach zu fördern. Neben der Förderung von Projekten von bis zu 5.000 € können zusätzlich Zuschüsse zu Mietkosten für die Vereine beantragt werden. Diese sind auf max. 3.000 € pro Jahr begrenzt.

Das Integrationsreferat der Stadt berät hierzu gerne:

Simone Lechner  
069 8065 3628  
[simone.lechner@offenbach.de](mailto:simone.lechner@offenbach.de)

Luigi Masala  
069 8065 3587  
[luigi.masala@offenbach.de](mailto:luigi.masala@offenbach.de)

## **18. Integrationsminister\*innenkonferenz (IntMK) „Menschen.Leben.Vielfalt.“ unter hessischem Vorsitz**

Unter dem Vorsitz Hessens hat am 26. und 27. April 2023 die Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister sowie Senatorinnen und Senatoren der Länder (Integrationsminister\*innenkonferenz - IntMK) in Wiesbaden beraten. Kernthemen waren die Finanzierungsbeteiligung des Bundes an den gestiegenen Kosten der Länder und Kommunen für die Unterbringung und Integration von Geflüchteten, Schutz und Unterstützung für Geflüchtete und die Bundesmittel für Erstorientierungskurse.

### **Hessen erhöht erneut Landesmittel für Deutsch4U**

Hessen stellt für sein Sprachförderprogramm „Deutsch4U“ eine weitere Million Euro bereit, um den Wegfall der vom Bund geförderten Erstorientierungskurse zu dämpfen. Insgesamt werden fünf Millionen Euro für niedrigschwellige Sprachkurse bereitgestellt.

Hessen hatte die Gelder für Deutsch4U für 2023 aufgrund des hohen Bedarfs an niedrigschwelligen Sprachkursen bereits von drei Millionen Euro auf vier Millionen Euro aufgestockt. Um nach der Bundes-Kürzung bei den Erstorientierungskursen (EOK) einen Zusammenbruch der Strukturen zu vermeiden, springt das Land nun mit einer weiteren Million ein und bietet den Trägern der EOK an, wegfallende Kurse durch landesgeförderte Deutsch4U-Kurse zu ersetzen. Durch die zusätzlichen Mittel können schätzungsweise weitere 1.000 Personen einen solchen Sprachkurs besuchen.

Im Gegensatz zu den Deutsch4U-Kursen fanden die Erstorientierungskurse häufig in Erstaufnahmeeinrichtungen und Sammelunterkünften statt, weshalb die Ausweitung von Deutsch4U eine faktische Erweiterung des Teilnehmerkreises darstellt und konzeptionelle Änderungen mit sich bringt. (siehe: <https://soziales.hessen.de/presse/hessen-erhoeht-erneut-landesmittel-fuer-deutsch4u>)

### **Statistik aktuell: Ausländische Bevölkerung in Hessen 2022**

Das Statistische Bundesamt hat aktuelle Zahlen des Ausländerzentralregisters 2022 veröffentlicht. Demnach lebten am 31.12.2022 rund 1.290.500 ausländische Personen in Hessen. Im Vergleich zum Vorjahr ist ihre Zahl um 126.800 Personen bzw. 10,9% gestiegen. Der Zuwachs war damit fünfmal so hoch wie im vergangenen Jahr – zwischen 2020 und 2021 wuchs die ausländische Bevölkerung in Hessen um 25.000 Personen bzw. 2,2%.

Die Gründe für den Anstieg liegen neben der Fluchtmigration aus der Ukraine und aus den Hauptasylherkunftsländern auch – zu einem quantitativ geringeren Teil – in einer gestiegenen Erwerbsmigration.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Ukraine auf Platz 2 aufgestiegen (2021: Platz 28 mit 11.015 Personen). Der Ausländeranteil lag am 30.06.2022 bei 18,3% in Hessen, dies sind 1,8%-Punkte mehr als am Jahresende 2021.

Die Pressemeldung des Statistischen Bundesamts ist hier eingestellt: [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/04/PD23\\_165\\_125.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/04/PD23_165_125.html)

## **Expertise: Antisemitismus unter Muslimen & Menschen mit Migrationshintergrund**

Demonstrationen zum Nahostkonflikt, Übergriffe von Geflüchteten auf Jüdinnen und Juden – bei solchen Ereignissen steht oft die Frage im Mittelpunkt: Ist Antisemitismus unter Muslim\*innen oder unter Menschen mit Migrationshintergrund besonders stark verbreitet? Gibt es einen „importierten Antisemitismus“?

In der gesamten Gesellschaft ist Antisemitismus weit verbreitet – dazu liegen zahlreiche wissenschaftliche Studien vor. Weniger Forschungsergebnisse gibt es hingegen zur Frage, wie verbreitet Antisemitismus unter der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist. Das Gleiche gilt für die über fünf Millionen Muslim\*innen in Deutschland.

In einer MEDIENDIENST-Expertise stellt die Antisemitismusforscherin Dr. Sina Arnold die wichtigsten wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Thema vor und leitet daraus Handlungsempfehlungen für Journalist\*innen ab.

Die vollständige Expertise finden Sie auf den Seiten des Mediendienstes Integration: <https://mediendienst-integration.de/artikel/antisemitismus-unter-muslimen-und-menschen-mit-migrationshintergrund.html>

## **Studie: Ein Leben ohne Pass. Die Situation staatenloser Menschen in Deutschland.**

Für die meisten Menschen ist es selbstverständlich, eine Staatsangehörigkeit zu besitzen. Sie gehören damit einem bestimmten Staat an, mit dem sie durch gegenseitige Rechte und Pflichten verbunden sind. Anders verhält es sich bei Personen, die entweder kein Staat auf Grund seines Rechtes als Staatsangehörige ansieht oder deren Staatsangehörigkeit als ungeklärt gilt.

Insbesondere im Rahmen der Fluchtzuwanderung seit 2014 hat das Phänomen an Bedeutung gewonnen: 2022 lebten rund 29.500 staatenlose Personen und rund 97.000 Personen mit einer ungeklärten Staatsangehörigkeit in Deutschland – doppelt so viele wie noch 2014. Das Wissen über diese Gruppen ist bislang begrenzt; in der öffentlichen und politischen Debatte spielen sie kaum eine Rolle. Und das, obwohl es sich um eine besonders vulnerable Gruppe handelt und Staatenlosigkeit international als unerwünscht gilt.

Der Policy Brief wirft einen ersten Blick auf diese Gruppen und untersucht die soziodemografische Zusammensetzung sowie ihre rechtliche Situation in Deutschland. Dabei zeigt sich, dass rund ein Drittel derjenigen mit einer ungeklärten Staatsangehörigkeit bereits in Deutschland geboren wurden; bei der Gruppe der Staatenlosen waren es 16 Prozent. Zwei Drittel der Staatenlosen und mehr als die Hälfte derjenigen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit leben bereits seit über sechs Jahren in Deutschland; viele besitzen entweder nur einen befristeten oder gar keinen Aufenthaltstitel. Insgesamt wird deutlich, dass die Hürden zur Anerkennung der Staatenlosigkeit sehr hoch sind, weil es kein transparentes und systematisches Anerkennungsverfahren gibt.

Der gesamte Policy Brief, der von der Robert Bosch Stiftung gefördert wurde, ist hier nachzulesen. <https://www.svr-migration.de/publikation/staatenlosigkeit-in-deutschland/#:~:text=Insbesondere%20im%20Rahmen%20der%20Fluchtzuwanderung,so%20viele%20wie%20noch%202014.>

## **„Café International“ (früher Café Hallo) heißt neu zugewanderte Familien willkommen**

Seit April bieten der Caritasverband und die Frei-religiöse Gemeinde mit dem „Café International“ am Schillerplatz eine Anlaufstelle für neu zugezogene und geflüchtete Familien. Neben einem bunten Programm mit Spiel und Spaß für die Kinder knüpfen die Eltern Kontakt zu bewährten Offenbacher Angeboten wie Integrationslotsinnen und Integrationslotsen, interkulturelle Elternmentorinnen und Elternmentoren oder Formularhelferinnen und Formularhelfer und erhalten erste Informationen rund um das Leben in Deutschland durch Migrationsberatung oder Verbraucherschutzzentrale.

Die Stadt Offenbach fördert das Angebot als Modellprojekt mit rund 50.000 Euro aus Mitteln des Netzwerk Elternschule Offenbach (Jugendamt) bis Ende 2024. Bürgermeisterin Sabine Groß: „Uns ist wichtig, dass Familien ganz praktisch beim Ankommen in Offenbach unterstützt werden. Die Kombination aus Vernetzung und Beratung hat sich schon letztes Jahr bei den Familientreffs für ukrainische Geflüchtete bewährt, insofern freut es mich sehr, dass mit dem Café International ein solches Angebot auf alle Nationalitäten ausgeweitet und erprobt werden kann“.

Die Familien können sich aktiv in die Organisation und Gestaltung des Treffs einbringen und sich so beim Ankommen gegenseitig unterstützen. Es wird gemeinsam gekocht, gesungen, deutsch geübt, und bei jedem zweiten Treffen kann Offenbach in gemeinsamen Ausflügen und Sprachspaziergängen erkundet werden.

Geöffnet ist das Café International jeden ersten und dritten Freitag von 15 bis 18 Uhr in den Räumen der Frei-religiösen Gemeinde am Schillerplatz 1. Das Angebot ist kostenfrei, es ist keine Anmeldung notwendig. Weitere Informationen bei der Frei-religiösen Gemeinde: Thomas Kneuer, E-Mail: [t.kneuer@frgof.de](mailto:t.kneuer@frgof.de), Telefon: 0157 8305 9680.

### **Impressum**

Redaktion: Pia Kraft, Simone Lechner, Luigi Masala

Magistrat der Stadt Offenbach am Main  
Dezernat III, Sozialamt  
Abt. Besondere Dienste, Planung und Entwicklung  
- Referat Integration -

Kaiserstr. 39, 63065 Offenbach am Main  
Tel.: 069-8065-3587, Mail: [integration@offenbach.de](mailto:integration@offenbach.de)